

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Pf. 2
E/XIV/16 - 2a. Januar 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 89
Fernschreiber 0884890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Sprachregelung? Botschafter Grewe und der 17. Juni 1953	44
2 - 3	Bonn - Belgrad - Pankow Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad	66
4	"Fluchtverdächtig" Neue Schikanen Pankows	34
5	Die Oder wieder im Blickpunkt Aufschlußreiche Diskussion in Breslau	50
6	Staat in Gänsefüßen Auch Zeit und Gewöhnung bestimmen die Sprache	31
7	"Nur wenn er ein schlechtes Gewissen hat" Humor bei der Arbeit - sogar im Bundestag	31

* * *
* * *

20. Januar 1959

Sprachregelung ?

sp - Bis jetzt hat das Auswärtige Amt in Bonn nicht die in der vergangenen Woche von mehreren inländischen und ausländischen Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung offiziell dekretiert, wonach der Botschafter der Bundesrepublik in Washington, Professor Dr. Grewe, auf die Frage von Pressevertretern, welche anderen Methoden zur Wiedervereinigung vorstellbar seien, geantwortet haben soll, theoretisch liesse sich denken, dass der sowjetische Aufstand vom 17. Juni 1953 zur Wiedervereinigung hätte führen können, wenn er geglückt wäre.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner, hat sofort nach Bekanntwerden dieser Meldungen auf die Ungeheuerlichkeit einer solchen Äußerung hingewiesen und daran erinnert, dass im Juni 1953 alle Parteien in der Bundesrepublik auf die Versachlichung der Berichterstattung über den Aufstand hingewirkt hätten, um eine Entwicklung in der Zone zu verhindern, die damals für das ganze deutsche Volk zu einer schrecklichen Katastrophe hätte werden können. In seiner Versammlung in Bielefeld sagte Wehner am vergangenen Samstag noch dazu, man habe zur Deutschlandfrage schon sehr viele Akten angelegt, Akten, aus denen ersichtlich sei, wie wenig man für die Wiedervereinigung Deutschlands tun wolle. Äußerungen, wie sie Grewe jetzt in Washington getan habe, lieszen einen auf den Gedanken kommen, dass es bei uns Leute gibt, die gern sehen würden, wenn das ganze Haus mit den Akten abbrant. Dann würden diese Akten vielleicht in Vergessenheit geraten ...

Jetzt erfährt man aus Paris, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hilger v. Scherpenberg, habe am vergangenen Donnerstag in Paris vor einem Kreis deutscher Journalisten ähnliche Äußerungen von sich gegeben, wie Botschafter Grewe in Washington.

Wenn das zutrifft, muss angenommen werden, dass die Äußerungen Grewes in Washington und die fast zu gleicher Zeit in Paris gemachten Bemerkungen des Herrn v. Scherpenberg ein Bestandteil jener Sprachregelung für die Behandlung der sowjetischen Friedensvertragsvorschläge sind, mit denen Adenauer und v. Brentano vor dem Vorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am Montag vergangener Woche und vielleicht sogar das Auswärtige Amt die Botschafter der Bundesrepublik bedacht haben.

Es gibt wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, dass in der gegenwärtigen Situation ein Hinweis auf den 17. Juni 1953 in der Zone wie eine Herausforderung - um nicht Provokation zu sagen - wirken muss. Aus diesem Grunde wäre es mehr als angebracht, wenn das Auswärtige Amt eindeutig zu diesem ganzen Fragenkomplex Stellung nimmt. Mit Hinweisen - auch wenn sie nur theoretisch gesacht sind - auf den 17. Juni 1953 kann niemand geholfen werden. Am wenigsten den Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone.

Bonn - Belgrad - Pankow

Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad

Die erneut in der bundesdeutschen Öffentlichkeit in Gang geratene Diskussion um die Hallstein-Doktrin, die besagt, Bonn werde mit jedem Staat die diplomatischen Beziehungen abbrechen, der es wagen sollte, die Regierung in Ost-Berlin anzuerkennen, hat in Belgrad nur ein schwaches Echo ausgelöst. Trotzdem hat man die Tatsache, daß die Vereinigte Arabische Republik (VAR) und die DDR Generalkonsulate austauschen wollen, als einen Beweis für die Richtigkeit der eigenen Außenpolitik gewertet.

Die in einem Teil der westdeutschen Presse im Zusammenhang mit den anti-jugoslawischen Ausfällen des albanischen Regierungs- und Parteichefs Enver Hodscha in Ost-Berlin geäußerten Vermutungen, Belgrad könnte dies zum Anlaß nehmen, seinen Ost-Berliner Gesandten abzuberufen, sind hier durch nichts bestätigt. Offiziell ist noch keine Entscheidung darüber gefallen, ob man bei der Ost-Berliner Regierung etwas unternehmen werde. Erst unlängst erklärte der jugoslawische Regierungssprecher, man sehe die Ost-Berliner Regierung für den anti-jugoslawischen Angriff auf ihrem Hoheitsgebiet mitverantwortlich. Dies läßt eine jugoslawische Demarche in Pankow durchaus erwarten. Gewöhnlich gutunterrichtete Belgrader Kreise glauben jedoch an nicht mehr als eine Protestnote.

Dieser vierte Protest in der kurzen Geschichte der diplomatischen Beziehungen Jugoslawien - DDR wird das ohnehin schon arg belastete beiderseitige Verhältnis nicht gerade verbessern. In diesem Zusammenhang zeichnet sich jedoch eine Änderung der jugoslawischen Taktik ab, ähnlichen Provokationen durch die naheliegende Maßnahme aus dem Wege zu gehen, daß Empfänge, die anti-jugoslawische Angriffe erwarten lassen, in Zukunft von jugoslawischen Diplomaten gemieden werden. Nach diesem Rezept verließ es der jugoslawische Botschafter in Prag, an dem Empfang für Enver Hodscha in der tschechoslowakischen Hauptstadt überhaupt teilzunehmen.

Daß Belgrad gerade jetzt als Preis für die eventuelle Wiedereröffnung der Bonner - Belgrader Beziehungen mit der Abberufung seines Ost-

20. Januar 1959

Berliner Gesandten zu zahlen bereit ist, ist wenig wahrscheinlich. Gemäß Verlautbarungen aus jugoslawischen Regierungskreisen gibt es gegenwärtig keine Kontakte mit der bundesdeutschen Diplomatie, wodurch eine Zusage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn bei "Einfrieren" der DDR - Kontakte koordiniert werden könnten. Und außerdem dürfte die Rede des albanischen Staatschefs, die den jugoslawischen Gesandten zum Verlassen des Empfangs zwang, kaum als so gewichtiger Grund angesehen werden, daß man mit der Abberufung des jugoslawischen Gesandten aus Ost-Berlin antworten müßte. In jugoslawischen Diplomatentreisen ist man es seit einiger Zeit gewohnt, in einigen Hauptstädten des Ostblocks die Türen protestierend hinter sich zuzuschlagen.

Aber entscheidender als diese spezifischen Überlegungen sind die prinzipiellen. Das gegenwärtig ohnehin gespannte Verhältnis zum Ostblock verträgt kaum drastische Maßnahmen. Ein "Einfrieren" der jugoslawischen Beziehungen zu Ost-Berlin, mehr oder minder offiziell von Bonn als Preis für die Wiederannäherung Bonn - Belgrad gefordert, würde Jugoslawiens Stellung im Ostblock außerordentlich erschweren. Würde man doch damit den bislang unbeweisbaren und trotzdem in einigen Ostblockstaaten geäußerten Verdächtigungen eine Grundlage geben, die jugoslawische Politik sei vom Westen abhängig. Die zu erwartenden Bonner Gegenleistungen könnten kaum ausreichen, um diese ideologisch-politische Belastung aufzuwiegen. Außerdem sieht man sich in Belgrad gerade gegenwärtig, da das Ansehen der DDR durch die Grotewohl-Reise einen unübersehbaren Auftrieb erhält, kaum geneigt, seine eigene Stellung in der deutschen Frage zu desavouieren. In Belgrad hat sich an der Überzeugung, Bonn müsse den ersten Schritt zu einer erneuten Normalisierung tun, weil es allein für den Abbruch der Beziehungen zu Belgrad verantwortlich sei, wenigstens bis jetzt nicht das geringste geändert. Gerade weil die gegenwärtige Entwicklung die Unhaltbarkeit der Hallstein-Doktrin immer deutlicher werden läßt, sieht sich Belgrad kaum genötigt, das durch die Herstellung konsularischer Beziehungen zwischen Kairo und Ost-Berlin zerknitterte Bonner Ansehen durch die Aufgabe der eigenen Prinzipien auszubügeln.

"Fluchtverdächtig"

ok. - Wie kann der Flüchtlingsstrom eingedämmt werden? Diese Frage stellen sich die Pankower Machthaber jeden Tag neu. Sie haben Grund genug dazu: die Zahl der Flüchtenden steigt wieder an - allen Drohungen und Reisebremsen zum Trotz.

Man sind die Zonenbehörden hinter den Paketen her, die jemand in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin schickt. Erlaubt sind nur Geschenksendungen, die den Wert von 30 DM nicht überschreiten dürfen; Textilien dürfen nicht über 20 DM Wert haben. Weil die Kontrollen immer nur einen Teil der Sendungen erfassen, stöbern Spezialbeamte nun in den bei den Aufgabepostämtern lagernden Paketkarten herum. Wer innerhalb des letzten halben Jahres zuviele Pakete abgeschickt hat oder zu schwere, macht sich der Fluchtabsicht verdächtig. Die Bestrafung wegen Verstoßes gegen die Postverordnung spielt nur am Rande mit.

Fortgesetzt werden Zonenbürger aufgefordert, nach dem Westen geflüchtete Angehörige zur Rückkehr zu bewegen. Nicht selten geschieht das unter entsprechendem Druck und mittels diktierter Briefe. Mancher der solcherart Geprüften schreibt dann hinterher aufklärende Privatbriefe oder reist selbst zu dem Geflüchteten, um ihm den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Das Spitzelsystem Pankows sorgt ebenso wie Briefkontrolle und manches andere dafür, daß gelegentlich so etwas herauskommt.

Kouerdings kann - Rußend auf diesem Tatbestand - auch jeder Zonenbürger verurteilt werden, der einen Flüchtling von der Rückkehr abhält; für ihn gilt auch der Passus des Gesetzes "Verleitung zur Republikflucht". Nach einer Interpretation des Vizepräsidenten des Obersten Zonengerichtes, veröffentlicht in der Zeitschrift "Neue Justiz", sind die Voraussetzungen des Deliktes im Einzelfall sogar schon mit der "Organisierung einer Besuchsreise" erfüllt.

Es kann kaum einen Zweifel darüber geben, daß die Zonenjustiz mit dieser Gesetzesauslegung zugleich weiterreichende Absichten verfolgt. Alle in der Zone zurückgebliebenen Angehörigen von Flüchtlingen sind ohnehin suspekt - jetzt sollen sie überhaupt davor abgeschreckt werden, mit ihnen Briefverbindung aufrechtzuerhalten und, mehr noch, sie zu besuchen.

Die Oder wieder im Blickpunkt

(rh) - Bei der Sitzung der erweiterten Kommission für Verkehr und Schifffahrt beim Wojwodschaftsnationalrat in Breslau sind in der Debatte harte Worte über die bisherige Praxis bei der Lösung der Probleme um die Oder gefallen. Einer der Diskussionsredner erklärte unverblümt, daß über die Oder zwar viel geredet und geschrieben werde, daß aber praktisch nichts geschehe. Diesem Einwand konnte lediglich von den Vertreter der Flußwerft in Breslau entgegengehalten werden, daß man mit der geplanten Erneuerung der Oderflotte einen Schritt weiter gekommen sei; in diesen Tagen werde der erste der für die Oder bestimmten neuen Motorkähne vom Stapel gelassen werden und die Werft sei technisch in der Lage, jährlich 50 solcher Motorkähne zu bauen. Als aber dann in der Debatte festgestellt wurde, daß an den Plänen dieses Motorkahns monatelang gearbeitet werden mußte und daß die Breslauer Werft gar nicht das Material und die Schiffseinrichtungen geliefert erhalte, da wurde auch diese an sich erfreuliche Mitteilung in das Kapital "Es wird zuviel geredet" eingereiht.

Immerhin war man sich in der Sitzung darüber einig, daß endlich etwas geschehen müsse, weil die zukünftigen Aufgaben unweigerlich auf die Oder zukommen. Da hat der Ostblock beschlossen, im Wege der "gegenseitigen Wirtschaftshilfe" in absehbarer Zeit den Donau-Oder-Kanal zu bauen und es müssen vorher der Wasserhaushalt der Oder und die Verlässlichkeit der Fahrrinne gesichert sein. Es haben sich in diesen Jahr in Stettin viele Frachtmöglichkeiten für die Oder als geradezu zwingend herausgestellt, aber es war nicht ausreichender Schiffsraum vorhanden, und es mangelte vor allem an leistungsfähigen Schleppern. Schließlich muß die Nutzwasserversorgung Oberschlesiens endlich geregelt werden, und auch da wird die Oder eine große Rolle spielen.

Vor zwei Jahren hat die Stadt Breslau im polnischen Sejm einen dringenden Antrag wegen der Oder gestellt, und es ist daraufhin eine gewichtige Kommission, und es sind viele Arbeitsausschüsse gebildet worden. Im Vorjahr hat man eine große "Oder-Tagung" veranstaltet und dabei eine Reihe von dringenden Plänen entwickelt. Jetzt ist in Breslau die Schaffung einer Wojwodschaftskommission für die Fragen und die Koordinierung der Wasserwirtschaft auf der Oder im Gange, in der die an der Oder liegenden Wojwodschaften Stettin, Grünberg, Breslau, Oppeln und Kattowitz vertreten sein werden. In Breslau wird an der Hochschule eine Binnenschifffahrtsabteilung eröffnet. Aber: für die zu bauenden neuen Oderschiffe fehlen ausgebildete und erfahrene Schiffer, und es kümmert sich niemand um einen ausreichenden Nachwuchs; an den Ufern der Oder gibt es zu wenig Industriebetriebe, weil sich in den vergangenen Jahren niemand einen Vorteil davon versprach, an einem Strom zu produzieren, der keine Schifffahrtsmöglichkeiten und demnach keine günstigen Frachtbedingungen bot.

In der Breslauer Sitzung äußerte sich dieser Mangel darin, daß eine ausführliche und dabei gespenstische Debatte über die Frage geführt werden mußte, ob sich die Wasserfracht heute überhaupt noch rentiere oder ob der Transport auf Straße und Schiene nicht "zeitgemäßer" und "modernere" sei. Daß in der ganzen Welt die Wasserwege ausgebaut werden und man geradezu von einer "Wiederentdeckung der Binnenschifffahrt" sprechen kann, mußte in der Debatte erst ausführlich dargelegt und mit Zahlen bewiesen werden, bevor sich der skeptische Teil der Versammlung überzeugen ließ.

Staat in Gänsefüßen

K.J. Der Westen soll zur Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr "Sowjetzone" sagen oder andere "herabsetzende Bezeichnungen" gebrauchen - darum hatten die Sowjets am Jahresende die drei Westmächte gebeten. Und die haben sich in etwa daran gehalten. In ihren Noten an Moskau umgehen sie die "Sowjetzone". Auch die Note der Bundesrepublik spricht von der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik. Ohne Gänsefüßchen. Das "sogenannt" tut's ebensogut. Die Distanz zum Regime in Mitteldeutschland bleibt auch in der modifizierten Formulierung.

Natürlich muß es uns im freien Teil Deutschlands am schwersten fallen, der "Deutschen Demokratischen Republik" die Anführungsstriche wegzurehmen oder ihr das "sogenannt" zu ersparen. Unter einer demokratischen Republik stellen wir uns etwas anderes vor.

Wird das immer so bleiben? Nach allen Erfahrungen bestimmen Zeit und Gewöhnung nahezu selbständig neue Sprachregelungen. So hat man beispielsweise eine zeitlang die 1946 in Mitteldeutschland gegründete "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" nicht SED genannt, sondern SEP. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß dieses Zwangsgebilde sich nicht anmaßen dürfe, Deutschland im Namen zu führen. Heute redet keiner mehr von einer SEP. Die SED ist ein Faktum, so wirklich und gegenwärtig, daß es auch niemanden mehr einfallen würde, diese SED in Gänsefüßchen zu setzen. Auch der Ministerpräsident Grotewohl steht nicht mehr in Anführungszeichen. Der Mann ist eben Ministerpräsident.

Mehr und Mehr fallen auch die Gänsefüße der "Volkskammer", der "Volkspolizei", der "Freien Deutschen Jugend" usw. Man hat sich an diese Einrichtungen gewöhnt, trotzdem jeder weiß, was mit ihnen los ist. Manche Publikationen setzen sogar die "DDR" nicht mehr in Anführungszeichen, obschon sie natürlich in diesem Falle am zählebigsten sind.

Gänsefüße hin, Gänsefüße her - übrigbleiben die tausend Pferdefüße am mitteldeutschen Staat und allen seinen Einrichtungen. Die Sprache beginnt, sich an ihn zu gewöhnen.

"Nur wenn er ein schlechtes Gewissen hat"

sp. - Im Bundestagsausschuß für Arbeit werden zur Zeit die Entwürfe der SPD und der Bundesregierung für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz beraten. Hunderte von Sitzungsetunden sind dazu notwendig. Selten gibt es einen Grund zum Lachen. Hin und wieder aber doch.

Für jugendliche Hausgehilfinnen, die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, soll eine Ausnahme vom allgemeinen Verbot der Sonntagsarbeit gemacht werden. Frau Dr. Bleyke von der CDU war der Meinung, einfache häusliche Arbeiten, wie Servieren, Abservieren und Abputzen am Sonntag müßten für alle jugendlichen Hausgehilfinnen erlaubt sein. Einer der Regierungsaprecher erklärte die vorgeschlagene Einschränkung damit, daß die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen "leichter greifbar" sind. SPD-Odenthal meinte dazu, so junge Mädchen sollten überhaupt nicht "greifbar" sein.

SPD-Scharnowski behauptete, die einfachen häuslichen Arbeiten würde am Sonntag ohnedies der Hausvater machen. Darauf CDU-Meier (Mannheim): "Nur, wenn er ein schlechtes Gewissen hat."

FDP-Dr. Hoven fragte die Regierungsvertreter, ob es sich um eine unaufschiebbare laufende Arbeit im Sinne des Regierungsentwurfes handelt, die am Sonntag geleistet werden darf, wenn eine jugendliche Hausgehilfin das Geschirr von Frühstück wieder wäscht, das ihr die Hausfrau vorher am Bett serviert hat.

Die SPD-Abgeordneten Behrend, Junghans und Frau Kipp-Kaule verlangten die Streichung einer vorgesehenen Ausnahmebestimmung von dem Verbot der Akkord- und Fließarbeit mit vorgegebenen Arbeitszeiten für Jugendliche. CDU-Franzen wollte sich an dem Streichkonzert gerne beteiligen, wenn er nicht gefürchtet hätte, daß daraus eine Streichwurst wird.

Heberbel bemerkt: An den letzten beiden Sitzungstagen hatten von 17 CDU/CSU-Abgeordneten 7, von 10 SPD-Abgeordneten 10 teilgenommen. Es wurde gearbeitet, aber nicht abgestimmt....

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel